

## Täter oder Opfer?

Was ich im Artikel «Zukünftige Taten bestrafen» (NZZ 17.6.16) völlig vermisse: Hauptziel muss sein, dass die Täterschaft nicht mehr ihre Umwelt gefährden kann. Das weitere Schicksal der Täterschaft, die immerhin eine Straftat begangen hat, sollte sekundär bleiben. Am theoretischen Beispiel einer Bluttat innerhalb einer Familie: Es kann sein, dass das Gericht Jahre nach der Tat aufgrund des Geschehenen und nach Anhören diverser psychiatrischer Gutachter auf 15 Jahre Gefängnis entscheidet. Zurück bleibt eine geschädigte Familie, die zusätzlich unter dem jahrelang hinzogenen Gerichtsverfahren gelitten hat. Bei sogenannt «guter Führung» winkt nach Halbzeit bereits die Freiheit. Die verbliebene Familie hat begründete Ängste: In welcher psychischen Verfassung und mit welchen Gedanken und Absichten wird diese entlassene Person auf uns zugehen? Oder wird sie uns in Ruhe lassen? Ich wünsche mir, dass die Gerichte diese Sicht der Opfer viel stärker gewichten und von der heute praktizierten Aufweichung der Urteile abkommen.

Hans Zimmerli, Bäch

Der Tenor des Beitrags mit der Sorge um den Umgang mit Tätern ist leider nur zu vertraut. Das Thema ist aber nicht die Bestrafung zukünftiger Taten, sondern die Verhinderung weiterer Opfer. Dabei ist jede Legalprognose mit Unsicherheit behaftet. Die Frage ist doch, in welche Richtung man sich irren will: Soll eher ein Mörder zu viel eingesperrt bleiben, oder soll eher ein zusätzliches Opfer akzeptiert werden?

Es gibt keine objektive Wahrheit bei einer solchen Risikobetrachtung. Es geht um eine bestmögliche Beurteilung der Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls bzw. weiterer Opfer. Dabei ist es klar, dass Algorithmen oft eine bessere Trefferrate bei derartigen Voraussagen haben als die persönlichen Interviews der Experten. Was machen denn die Experten in ihrer Beurteilung anderes, als ihre Beobachtungen bei der Arbeit mit dem Täter mit ihren Erfahrungsdaten zu vergleichen – und diese sind noch weniger «objektiv» und statistisch abgesichert. Zudem – ein Experte kann in der Evaluation durch die persönliche Begegnung Empathie mit dem Täter entwickeln, während für ihn ein zukünftiges Opfer wohl eine abstrakte Grösse bleiben muss. Nehmen wir doch mindestens die besten Werkzeuge, auch wenn wir

## An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe  
NZZ-Postfach  
8021 Zürich  
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

wissen, dass sie bei weitem nicht fehlerlos sind. Wenn wir schon Rechtsirrtümer akzeptieren müssen, dann doch lieber gegenüber dem Mörder als gegenüber einem nächsten Opfer. Das ist eine Setzung von Prioritäten und hat überhaupt nichts mit Willkür oder einem Aushöhlen des Rechtsstaates zu tun.

Markus Egli, Fehraltorf

## Schieflage in der Energiewende?

Die Erneuerbaren müssen und können die Hauptrolle beim Ersatz von Kohle, Öl und Gas spielen. Dieser Konsens hat sich aufgrund der inzwischen weit fortgeschrittenen praktischen Erfahrungen in vielen Ländern, aber auch einer Vielzahl von neuen Analysen wie von der IEA (Internationale Energieagentur) herausgebildet. Erstaunlicherweise bleibt das in dem Beitrag von Christoph Eisenring unerwähnt (NZZ 15.6.16).

Dem Autor ist natürlich zuzustimmen, dass ein solcher Umbau der Energiesysteme ein tiefgreifender Eingriff nicht nur in die Technik, sondern auch in die Geschäftsmodelle ist, durchaus von der Dimension einer weiteren industriellen Revolution. Dass dabei Schwierigkeiten auftreten, vor allem von den Pionieren Fehler gemacht werden, die Entwicklungen teils über-, teils unterschätzt werden, ist ein unvermeidlicher Teil des Lernprozesses.

Die Auflistung der in Deutschland auftretenden Probleme durch den Autor sollte deshalb wie ein Strategiepapier für Entwicklungsabteilungen, Startup-Firmen und Forscher gelesen werden und nicht als Verteidigung bisheriger Strukturen. Eine auf Innovation angewiesene Volkswirtschaft würde das in Schieflage bringen.

Klaus Ragaller, Wettingen

## Im Schützengraben des Kalten Kriegs

Die Botschaft der Russischen Föderation kann den Artikel von Christian Weisflog «Verrat an der Ukraine» vom 18. Juni nicht unbeachtet lassen. Indem Christian Weisflog die Schuld für den militärischen Konflikt im Donbass Russland in die Schuhe schiebt, verschweigt er vorsätzlich, dass diesem im Februar 2014 ein gewaltsamer Staatsstreich vorgegangen war, der von Nationalisten unter abwegigen Parolen eines Kampfes gegen Korruption durchgeführt worden war. Die jetzigen Machthaber sind nicht weniger, wenn nicht mehr korrupt als die vorigen. Der Autor verschweigt, dass die Kräfte, die nach dem Maidan-Aufstand in Kiew an die Macht kamen, zu Straffaktionen gegen die Bevölkerung in der Ostukraine mit dem Einsatz regulärer Truppen und ultrarechter Milizen übergingen.

Heute werden die Minsker Vereinbarungen nicht erfüllt, eben weil das Regime in Kiew keine Bereitschaft dazu zeigt, eine Verfassungsreform durchzuführen, in deren Folge eine Verfassung angenommen werden soll, die als Schlüsselement die Dezentralisierung sowie die Verabschiedung einer Gesetzgebung über den Sonderstatus einzelner Regionen der Donezker und Lugansker Gebiete vorsieht. Die Verantwortung für die Verletzungen des Waffenstillstands wird grundlos den sogenannten

Separatisten zugeschoben. Und das, obwohl im letzten Uno-Bericht zum Ukraine-Konflikt die Rede von der Verantwortung beider Seiten ist und Kiew unter anderem vorgeworfen wird, inoffizielle Gefängnisse zu unterhalten, wo Menschen misshandelt und gefoltert werden. All das sieht Herr Weisflog offensichtlich als das Bestreben der Maidan-Ukraine, den Weg der Demokratie zu bestreiten.

Im Übrigen kümmern sich weder Weisflog noch die Kreise, deren Interesse er vertritt, um die traurigen Schicksale von Tausenden Russen und Ukrainern sowie Vertretern anderer Nationalitäten im Donbass, die ihr Leben, das Leben ihrer Kinder und Verwandten infolge der sogenannten antiterroristischen Operation von Kiew verloren haben. Er ruft dazu auf, die ukrainische Armee weiter aufzurüsten, damit diese wohl ihren Krieg gegen die eigene Bevölkerung verstärken kann. Die Ukraine ist für ihn lediglich ein geopolitisches Mittel, das man gegen Russland ausspielen kann, um unser Land als Aggressor und Feind für den Rest von Europa darzustellen. Unseres Erachtens steckt Herr Weisflog mit seiner Denkweise noch tief in den Schützengraben des Kalten Krieges fest.

Stanislav Smirnov, Pressesekretär der Botschaft der Russischen Föderation in der Schweiz

## Unverständlich und rufschädigend

Der Artikel «Rüffel für Regensdorf» (NZZ 17.6.16) zur «Fröschegrueb» greift einmal mehr zu kurz. Er zeigt vielmehr, dass ein über zehnjähriges Trauerspiel mehr verlangt als nur eine oberflächliche Kurzbeurteilung durch die Baudirektion. Der Artikel suggeriert einerseits ein Fehlverhalten der Gemeinde, andererseits unterstellt er mir als Eigentümer ein mutwilliges Vorgehen. Das eine wie auch das andere ist grundlegend falsch.

Zuerst das Baurekursgericht wie nun auch die Baudirektion haben nicht erkannt, dass die Gemeinde die Baubewilligung mit dem Passus ausgestellt hat, dass die Schutzverfügung in Kraft treten sein müsse, bevor die Baubewilligung rechtskräftig wird. Von einer Missachtung des Gerichts kann daher nicht gesprochen werden. Im Gegenteil, die Gemeinde beachtete die Abfolgen sehr genau. Über die Jahre wurden die Pläne für die «Fröschegrueb» insgesamt elfmal, teilweise grundlegend überarbeitet. Diese zwischen Bauherr, Gemeinde und zugezogenen Fachpersonen erarbeiteten Lösungen wurden jeweils durch den Heimatschutz-Verein zum Vorwurf machen, mit seinen weltfremden Forderungen zum Zerfall und zum Scheitern des Projekts massgeblich beigetragen zu haben.

Völlig unverständlich wird es, wenn gefordert wird, gegen den Eigentümer sei ein Strafverfahren zu eröffnen. Der Heimatschutz verklagte mich genau deswegen. Die Strafuntersuchung endete mit einem vollumfänglichen Freispruch für den Eigentümer. Wenn nun die Baudirektion, welche die Umstände des Verfalls in keiner Weise abklärte, sich erlaubt, solche Aussagen in den Raum zu stellen, ist dies gelinde gesagt unverständlich und rufschädigend.

Thomas Palmy, Buchs  
Besitzer der «Fröschegrueb»

## TRIBÜNE

# Medizin statt Qualitätsverwaltung

### Gastkommentar

von FLAVIAN KURTH

Niemand bestreitet, dass die Patientensicherheit an der obersten Stelle medizinischer Arbeit stehen sollte, wie das im Gastkommentar «Investitionen in die Patientensicherheit» von Dieter Conen und Felix Gutzwiller (NZZ 8.6.16) verlangt wird. Auch ist ein diesbezüglicher Verbesserungsbedarf nicht von der Hand zu weisen. Die Crux ist nun aber die, dass es kaum noch möglich ist, in unserem Gesundheitswesen Steuerungsinstrumente und -entscheide beliebt zu machen, wenn für sie nicht zumindest auch das Kostenargument ins Feld geführt wird. Dies bringt in der Diskussion um das Qualitätsmanagement eine Verschränkung der Begriffe «Qualität» und «Preis» mit sich, die die Patientensicherheit gefährden kann, wie ich im Folgenden aufzeigen will.

Qualität verbessern kann man nur, wenn man sie misst. Sie messen heisst sie vergleichen. Darauf zielen die Qualitätsindikatoren des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Gemäss BAG-Website sollen die Massnahmen des neugeschaffenen Qualitätszentrums einerseits eine Verbesserung der Qualität medizinischer Behandlungen bringen. Gleichzeitig sollen damit aber andererseits auch Kosten eingespart werden, indem unnötige Behandlungen vermieden werden. Diese Argumentation hat ihre Richtigkeit. Das BAG nimmt mit ihr aber ins Qualitätsmanagement einen ökonomisch-liberalistischen Anreiz mit, der sich auch bei anderen Instrumenten als kontraproduktiv erwiesen hat. So haben etwa die Fallpauschalen den Spitälern zwar Anreize gegeben, innerhalb eines Fixbetrags pro Behandlung im eigenen Interesse wirtschaftlich zu arbeiten. In ebendiesem eigenen Interesse reizen sie die Spitäler aber auch dazu an, ihr Patientenportfolio möglichst lukrativ auszugestalten. Was dazu führen kann, dass Patienten, deren Behand-

## Medizinische Qualität kann nur die Medizin selber überprüfen.

lung wirtschaftlich schwierig ist, eher gemieden und solche, die lukrativ sind, bevorzugt behandelt werden, auch wenn diese Behandlungen medizinisch nicht immer zweckmässig sind. Dass dies passieren könnte, wusste man bei Einführung der Fallpauschalen aus Deutschland, dass es auch bei uns passiert, wissen wir heute.

Trotzdem geht das BAG das Qualitätsmanagement mit demselben ökonomisch-liberalistischen Ansatz an. Mit vergleich- und absehbaren Folgen. Beurteilt man etwa die Arbeit eines Spitals anhand von Sterberaten und Fallzahlen, so scheint das auf den ersten Blick plausibel: Die Spitäler sind so im eigenen Interesse dazu angeregt, sorgfältig zu arbeiten, um Todesfälle zu vermeiden; wobei neben strukturellen Massnahmen auch die Routine eine wichtige Rolle spielt, welche mit der Fallzahl als Indikator abgebildet wird. In ebendiesem eigenen Interesse könnten die Spitäler nun aber, vergleichbar mit dem Verhalten bei den Fallpauschalen, Patienten, deren Behandlung ein hohes Todesrisiko birgt, möglichst nicht behandeln. Behandeln sie stattdessen bevorzugt Patienten, bei denen diese Gefahr gering ist, so sind diese Behandlungen medizinisch vielleicht nicht immer zweckmässig, das Spital erhöht damit aber seine Fallzahl, womit es doppelt gewinnt.

Im schlimmsten Fall fördert man so Zentren medizinischer Unzweckmässigkeit. Mit der Folge, dass die Kompetenzen in der Behandlung schwerkranker Patienten mit hoher Morbidität verloren gehen. Damit wäre dann der Sinn und Zweck der Medizin komplett auf den Kopf gestellt. Dass dies passieren könnte, ist offensichtlich, dass es auch passiert, belegt eine Studie aus den USA – dem Gesundheitswesen, das am liberalsten ausgestaltet ist, gleichzeitig aber auch eines der schlechtesten Qualitäts-Kosten-Verhältnisse aufweist.

Fazit: Medizinische Qualität kann nur die Medizin selber überprüfen – in interinstitutionellen Expertenaudits, die zufällig durchgeführt werden, vergleichbar mit der Schulpflege, die möglichst unangemeldet visitiert und nicht aus pädagogischen Laien besteht, sondern aus Fachleuten. Die Medizin ist gefordert, ihre Kosten und ihre Qualität endlich selber zu überprüfen, anstatt sich durch fachfremde Kontrollen, welcher Art auch immer, in für die Patientensicherheit gefährliche Anreize drängen zu lassen.

Flavian Kurth ist Sekretär des Vereins Ethik und Medizin Schweiz (VEMS).

## Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780  
Der Zürcher Zeitung 237. Jahrgang

### REDAKTION

**Chefredaktor:**  
Eric Gujer  
**Chefredaktorin Neue Produkte:**  
Anita Zetlin

### Stellvertreter:

Luzi Bernet, Colette Gradwohl, Thomas Stamm, René Zeller

**Tagesleitung:** Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünenfelder

**International:** Peter Rásonyi, Andreas Rüesch, Andreas Wylsing, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis

Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, David Signer, Christian Weisflog, Daniel Steimorth

**Schweiz:** René Zeller, Claudia Baer, Paul Schneeberger, Daniel Gerny, Simon Gemperli, Frank Sieber, Marcel Amrein, Nadine Jürgensen, Marc Tribelhorn, Simon Hehl

**Bundeshaus:** Heidi Gimzi, Christof Forster, Jan Flückiger

**Bundesgerichte:** Katharina Fontana

**Wirtschaft / Börse:** Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rüttli Rucica, Andrea Martel Fus, Claudia Aebbersold Szalay,

Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansruedi Schöchli,

Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl,

Werner Grundelner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger,

Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer

**Feuilleton:** René Scheu, Roman Hollenstein, Angela

Schader, Barbara Williger Heilig, Claudia Schwartz, Andrea

Köhler, Thomas Ribl, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman

Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier, Samuel Herzog

**Medien:** Rainer Stadler

**Zürich:** Luzi Bernet, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Irene

Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan

Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Andreas Schürer, Fabian

Baumgartner

**Sport:** Elmar Wagner, Flurin Clalaina, Andreas Kopp, Benjamin

Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Anja Knabenhans,

Markus Wanderl, Philipp Bärtsch

**Meinung & Debatte:** Martin Senti, Andreas Breitenstein,

Elena Panagiotidis

**Panorama:** Katja Baigiger, Susanna Eilner

**Wissenschaft:** Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan

Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Henning Steier,

Helga Rietz

**Gesellschaft / Reisen / Wochenende:** Colette Gradwohl,

Susanna Müller, Claudia Wirz

**Nachrichtenredaktion:** Anja Grünenfelder, Manuela

Nyffenegger, Nina Fargali

**Webproduktion:** Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna

Rusterholz

**Reporter:** Marcel Gyr, Alois Feusi

**GESTALTUNG UND PRODUKTION**

**Art-Direction/Bild:** Reto Althaus, Brigitte Meyer, Fotografen:

Christoph Ruckstuhl, **Blattplanung:** Philipp Müller, **Produk-**

**tion / Layout:** Hansruedi Frei, **Korrektorat:** Yvonne Betschen,

**Archiv:** Ruth Haener, **Storytelling:** David Bauer, **Projekte:**

André Maser

### WEITERE REDAKTIONEN

**Verlagsbeilagen:** Walter Hagenbüchle, **NZZ am Sonntag:**

Chefredaktor: Felix E. Müller, **NZZ Folio:** Daniel Weber,

**NZZ TV / Format:** Silvia Fleck, **NZZ Campus:** Peer Teuwissen,

**NZZ Geschichte:** Peer Teuwissen

### NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

### ADRESSEN

**Redaktion:** Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch,

Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

**Verlag:** Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

**Leserservice:** Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. +41 44 258 10 00,

E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

**Inserate:** NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11,

CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70,

E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

**Druck:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1,

CH-8045 Zürich

### PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

**Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben:** 675 Fr.

(12 Monate), 373 Fr. (6 Monate), 197 Fr. (3 Monate)

**Abonnement NZZ Digital:** 498 Fr. (12 Monate), 278 Fr.

(6 Monate), 152 Fr. (3 Monate), 48 Fr. (10 Wochen)

**Pendlerabo NZZ:** 578 Fr. (12 Monate), 313 Fr. (6 Monate),

166 Fr. (3 Monate), 58 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag

digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

**Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler**

**Ausgaben:** 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3

Monate), übrige Auslandspreise auf Anfrage

**Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler**

**Ausgaben:** 793 Fr. (12 Monate), 445 Fr. (6 Monate), 239

Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

**Studenten und Lernende:** 40 Prozent Rabatt auf Abonnements-

preise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

**Alle Preise gültig ab 1. 1. 2016**

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu

diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistik-

unternehmen übermittelt.

**Anzeigen:** gemäss Preisliste vom 1. 1. 2016

### BEGLAUBIGTE AUFLAGE

**Verbreitete Auflage:** 119 956 Ex. (Wemf 2015)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen

Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Spei-

cherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung

durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentliche

Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen

Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestat-

ten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustim-

mung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG